

Zuwanderung begrenzen

Die hohe Zahl von Zuwanderern aus Südosteuropa resultiert aus den hier gewährten umfangreichen Sozialleistungen.

Die mit der Armutsmigration einhergehenden Scheinselbständigkeiten und Scheinarbeitsverhältnisse (u. a. Schwarzarbeit) verursachen zusätzlich die Ausbeutung des Sozialstaates.



Thorsten Pfeil

Kritik vom Bundesrechnungshof:

Mängel bei Schwarzarbeit-Kontrollen
»Alibiprüfungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (Zoll) sind unwirtschaftlich (...). Werden bewusst Arbeitgeber geprüft, die ein geringes Risiko für Schwarzarbeit aufweisen, belastet man verstärkt rechtstreuere Unternehmer.«

tagesschau.de, vom 21.02.2020



Dr. Dirk Klante

Die AfD fordert:

Schwarzarbeit konsequent und effektiv bekämpfen, um Armutsmigration zu stoppen.

AfD Kreisverband Gelsenkirchen

Jörg Schneider

Kurt-Schumacher-Str. 54

45881 Gelsenkirchen

✉ info@afd-gelsenkirchen.de



**GELSENKIRCHEN.
ABER SICHER!**



www.afd-gelsenkirchen.de

Wirksame Bekämpfung der Kriminalität

Durch den seit 2015 sprunghaften Anstieg von Gewaltdelikten wie Vergewaltigung, Raub und Messerstechereien hat das Sicherheitsgefühl der Menschen auch in unserer Stadt gelitten.

Allein in NRW wurden im ersten Halbjahr 2019 3.550 Messerattacken begangen (47 % der Tatverdächtigen haben einen Migrationshintergrund).

Die AfD fordert:

- » Die deutliche Aufstockung der Beamten im Streifendienst und bei der Kriminalpolizei
- » Kameraüberwachung an Brennpunkten
- » Die strikte Bekämpfung des öffentlichen Vandalismus

Integration verbessern und kritisch begleiten

Wer nach Recht und Gesetz hierbleiben darf, muss schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Eine sofortige Eingliederung in verpflichtende Integrationsmaßnahmen ist daher unabdingbar. Dazu gehören neben der Unterrichtung in Staatsbürgerkunde auch kombinierte Angebote zur Vermittlung der deutschen Sprache und Werte.

Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass in Gelsenkirchen Integrationsprojekte von unterschiedlichen Trägern ohne klar messbare Zieldefinition betrieben werden.

Deshalb fordern wir eine kritische Begleitung von Integrationsprojekten hinsichtlich ihrer Erfolgsüberprüfung.

Rückführung statt Duldung

Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen ausreisen oder abgeschoben werden.

Wir wollen keine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung und keine nachträgliche Legalisierung von illegaler Einwanderung.

Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden und vollziehbar. Ausreisepflichtige müssen umgehend zurückgeführt werden.

Die AfD fordert auf kommunaler Ebene:

- » Keine Fehlanreize für Asylbewerber setzen!
- » Sach- statt Geldleistungen
- » Keine Kettenduldung
- » Schnellere Abschiebung bzw. Abschiebehaf
- » Ablehnung des Bündnisses »See-notbrücke Sichere Häfen«

MEHR SICHERHEIT GIBT ES NUR MIT DER AfD!